Saarländische Armutskonferenz

*Die Saarländische Armutskonferenz (SAK)*

*> Lobby für arme Menschen im Saarland*

**Zweck**

- Informations-, Bildungs-, Koordinations- und Lobbyarbeit in der Armutspolitik
- Befassung mir Fragen, Problemstellungen und Lösungsvorschlägen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Familien und Gruppen, die von Armut betroffen sind und somit soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Benachteiligung erfahren
- Wahrung der Würde von Mitbürgern mit eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten

**Aufgaben der SAK**

- Beratung und Bewertung der Entwicklung von Armut und Armutsbekämpfung im Saarland
- Förderung gemeinsamer Aktivitäten der beteiligten Mitglieder zur Bekämpfung von Armut und ihrer Folgeerscheinungen, z.B. durch fachpolitische Foren, Hearings u.a.
- Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen mit dem Ziel, das Armutsproblem in der Öffentlichkeit bewusst zu machen.

**Grundsätze**

- Soziale (gesellschaftliche) Teilhabe für alle Menschen ermöglichen
- mit den Menschen reden nicht über sie
- von Armut betroffene Menschen reden lassen, erzählen lassen, sich zeigen - ihnen Würde und Anerkennung zukommen lassen, in Kooperation mit ihnen ihre Rechte stärken

- Wohnen ist ein Menschenrecht
- Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen
- Entbürokratisierung
- Wert eines Menschen(lebens) ist nicht sein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum bzw. zur „Wertschöpfung“
- Immer wieder Aufruf, Wachrütteln durch konkrete menschliche Schicksale. Hinterfragen der allgemein ausgeübten „Werte“-Skala.

**Forderungen SAK**

**Europa**

- Schaffung europaweiter, menschenwürdiger Sozialstandards

**Lobbyarbeit**

- Sicherstellung und Ausbau der Lobbyarbeit für arme Menschen im Saarland.

**Gesellschaft**

- Schaffung einer Politik, die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben stoppt
- Steuergerechtigkeit durch eine deutlich stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen
- Ermöglichung der Sozialen (gesellschaftlichen) Teilhabe für alle
- Entbürokratisierung (einfache Zugänge für alle schaffen)
- Sicherstellung der Teilnahme von Seniorinnen und Senioren am öffentlichen Leben und die Schaffung weitere Möglichkeiten der Kontaktaufnahme.

**Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen**

- Möglichst Abbau von Bürokratie – hin zu einfachen Leistungszahlungen (Grundeinkommen, Bürgergeld usw.)

- Beispiel: Verpflegung von allen Kindern in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen und somit Wegfall der Antragspflicht zur Kostenbefreiung und damit Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen

**Sozialleistungen**

- Schaffung bedarfsgerechter, armutsfester Sozialleistungen, die ein Leben in Würde ermöglichen. Dazu zählen Leistungen für Bürgergeld -Bezieher, Arbeitslose, Grundsicherungsberechtigte, Asylbewerber/-innen und EU-Zuwanderer/-innen

- SozialCard zur verbilligten/kostenlosen Nutzung von Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten für arme Menschen

- Wir fordern sanktionsfreie Sozialleistungen („Ein gesunder Mensch will sich in fast jedem Fall aktiv an der Gesellschaft beteiligen … - wenn er das nicht hinbekommt helfen weniger Sanktionen als unterstützende Maßnahmen“)

- „Hilfen“ für von Armut betroffene Menschen sollten weniger bevormundend/gleichartig als den Menschen in seiner Individualität unterstützend und dadurch tatsächlich „fördern“ !

- Schaffung und dauerhafte Installierung eines entsprechenden geförderten Arbeitsmarktes (s.g.u. „Dritter Arbeitsmarkt“)

- ergänzenden Arbeitsmarktpolitik des Landes

**Grundsicherungen**

- Prüfung des Grundeinkommens

- Umwandlung der Grundsicherung in Grundeinkommen

- Kindergrundsicherung, die den tatsächlichen Bedarf von Kindern berücksichtigt

- Grundrente, die als Mindestsicherung ein Leben ohne Sozialhilfe ermöglicht

**Gesundheit**

- vollständige Befreiung armer Menschen von den Kosten der Gesundheit

- Zeitliche und personelle Ausweitung der medizinischen Notversorgung mit zahnmedizinischem Angebot; Ausweitung der medizinischen Notversorgung auf Neunkirchen und Saarlouis, sowie ggf. weitere Landkreise

- Eigenständige Gesundheitspolitik des Landes

**Wohnen**

- Übernahme der tatsächlichen Kosten der Wohnung durch das Jobcenter / Sozialamt

- Keine Zwangsumzüge für Bürgergeld und Grundsicherungsbeziehende

- Verhinderung von Leerstand

- Sozialer Wohnungsbau und Instandsetzung bestehender Wohnungen

- Mietpreisbremse / Mietpreisdeckel

- Verhinderung/verschärfte Auflagen für Immobilien-Übernahmen durch Finanzinvestoren u./o. übergroßer Immobiliengesellschaften

**Energie**

- Auf „Richtwerte“ für Heizkosten zu verzichten um allen Menschen (u.a. von Bürgergeld Betroffenen) ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen.
- Verbot von Energie- und Wassersperren
- Erlass eines kurzfristigen Moratoriums zur Verhinderung von Energiesperren als einzige und schnelle Methode zur Wahrung der Menschenwürde
- Investitionen in den Sozialen Wohnungsbau und Instandsetzung bestehender Wohnungen
- Stärkere gesetzliche Kontrolle der Energieversorger – klares Handling der Politik bzgl. ihrer sozialen Verantwortung!

**Mobilität**

- Deutlich verbilligtes Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen (Bürgergeld und Grundsicherungsbeziehende, Wohngeldbeziehende, Bezieher*innen von Kinderzuschlag usw.) sowie die Übernahme der Mehrkosten
- Versandt der SozialCard zusammen u.a. mit dem Bewilligungsbescheid für Bürgergeld und Grundsicherungsleistungen bzw. Wohngeld. Die SozialCard ist Voraussetzung für den Erwerb des Sozialtickets.
- Sozialtickets auch am Automaten, für Einzelfahrten und zur Mitnahme weiterer Personen am Wochenende
- Unterstützungen für beeinträchtigte Menschen (Begleitdienste usw.)
- Flächendeckendes und für die Nutzer*innen bezahlbares Netz an leicht erreichbaren, niederschwelligen Sozial-Beratungsstellen (z.B. Bürgergeld, Sozialhilfe, Wohnen, Verschuldung; Hilfe und Beratung für alte und behinderte Menschen) in allen Landkreisen und im Regionalverband

**Dezentrale Strukturen aufrecht halten**

- Erhalt und Erweiterung der Angebote von Geschäften, Kneipen, Bürgertreffs, Arztpraxen und Apotheken, „Dorfläden“ (ohne Gewinnabsicht) auf dem Land.

- Ergänzende mobile Dienstleistungsangebote in kleinen Gemeinden/Dörfern (Dorfläden, Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrgenerationenhäuser)

- Einrichtung von Gesundheitszentren mit verschiedenen Professionen, die eine wohnortnahe Versorgung ermöglichen

- Aufrechterhalten von finanziellen Mitteln bzgl. nicht direkt finanziellen Gewinn ausschüttenden Gebieten wie z.B. Historie und Erhalt örtlicher/ländlicher Kultur

**Öffentlicher Beschäftigungssektor (Dritter Arbeitsmarkt)**

- öffentlicher Beschäftigungssektor mit existenzsichernden Löhnen, der Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden

- Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnen

- Einstieg in die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen